

Saale-Beitung.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Abnahme 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren.
Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
In amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen
unter Nr. 6553 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Erscheinung von 10^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr.
[Verleger: Redaktion Nr. 2332. — Expedition Nr. 170.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeit oder deren
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von anderen Anstalten und allen
Kontingents-Expeditionen angenommen.
In Halle die Seite 75 Pf.,
Erfurt und Weimar je 60 Pf.,
Sonntag und Feiertag einmal,
sonst zweimal täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 608.

Halle a. d. Saale, Montag, den 30. Dezember

1901.

Industriezölle.

Ungeachtet der Abgabe, die den extremen Agrariern wiederholt teils der industriellen Verbände zu Theil geworden ist, haben die landwirtschaftlichen Hochschützer fort höhere Schutzzölle auch für die Industrie zu fordern, obwohl sie wiederholt angebracht haben, jeden Schutzzoll zu bekämpfen, wenn ihnen auch ferner die Unterfertigung teils der Industrie vorzuziehen ist. Der Zweck dieses fast ungenügend genutzten Beschlusses ist ohne weiteres klar, nämlich die Agrarier wollen die Industrie als Vorwächter zur Erlangung möglichst hoher landwirtschaftlicher Zölle benutzen, indem sie darauf rechnen, daß auch in diesem Falle, wie so häufig im Leben, eine Hand die andere wäscht. Aber sie vergessen dabei, daß die Industrie stattdessen gar keine Zollbefreiung braucht und daß die industrielle Entwicklung seit 1873 und auch seit den Handelsverträgen selbst von schutzvollerischen Standpunkt eine Erhöhung der Industriezölle in keiner Weise rechtfertigt. Von 1891—1900 hat die Einfuhr von industriellen Fabrikaten aus dem Auslande sich nach dem Werth der Waaren nur gesteigert von 904 auf 1199 Millionen Mark, der Werth der Ausfuhr industrieller Fabrikate aber hat sich von 2049 auf 2923 Millionen Mark erhöht. Die Erhöhung des Wertes der Ausfuhr beträgt also mehr als das Dreifache der Erhöhung des Wertes der Einfuhr industrieller Fabrikate. Die Unterfertigung landwirtschaftlicher Schutzwaaren ist hierdurch in der letzten Periode ganz außerordentlich gewachsen, was dies selbst die Industrie Englands mehrfach einmündet und die Industriellen selbst leugnen dies auch durchaus nicht.

Einige Gruppen aber verlangen die Zollbefreiungen nicht, weil dies die Konkurrenz des Auslandes bedingt, sondern nur, weil irgend ein Staat des Auslandes von denselben Waaren einen höheren Zoll erhebt. Nun sind aber die Produktionsbedingungen und die klimatischen Verhältnisse aller Länder durchaus verschieden. Schon daraus folgt, daß gewisse Stoffe hier und drüben ganz verschiedene Wirkung ausüben muß. So Amerika einen hohen Seesalz-, Wollfellen einen hohen Kaffee-, Hinstant einen hohen Kaviar- oder Getreidezoll, Chile einen hohen Salpeterzoll, Italien einen hohen Zoll auf Seidenstoffe, Frankreich einen hohen Champagnerzoll einmündet, kann sich für einen Export je gleichgültig sein. Andere Gruppen von Industriellen sind sich der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auch im Auslande sehr wohl bewußt, denn sie gewöhnen in erstem Instanz in das Ausland. Wenn sie gleichwohl auf hohe Schutzzölle Wert legen, so geschieht dies im Interesse der Substitutionsbildung, d. h. der Bildung von Produktionskraft für den Inlandsbedarf. Solche Substitutionsbildung ist im Interesse der Inlandsbevölkerung höherer Preise aufzuwachen, die billiger sie in das Ausland verkaufen. Die Wertheuerung des Inlandsbedarfs muß also die Wertheuerung des Auslandsbedarfs decken. Man kann im Auslande Erzeugnisse der deutschen Industrie abdam billiger beziehen, als im Vaterlande selbst. Tatsächlich geschieht also in diesem Stadium der Entwicklung die Wertheuerung nicht dem Inlande, sondern dem Auslande zum Vorteil und erleichtert sogar die Konkurrenz der ausländischen Industrie, wenn die aus Deutschland ausgeführten billigen Waaren als Rohstoffe oder Hilfsstoffe im Auslande weiter verarbeitet werden. So weit daher überhaupt in industriellen Kreisen nach Stimmung vorhanden ist für erhöhte Schutzzölle, wird man von vielen Gesichtspunkten aus schon zu prüfen haben, was damit für die einzelnen Waarenkategorien bezogen wird.

Es werden andere Industrieverbände vertreten zwar nicht die Nachhilfe, welche die Zollbefreiungen im Regierungskontingent herbeiführen, insbesondere durch die Lebensmittelerzeugung für die industriellen Arbeiter und dann auch durch Vertheuerung von Rohstoffen und Hilfsstoffen, die für die eigene Produktion notwendig aus dem Auslande bezogen werden müssen, suchen sich aber in dem Gedanken zu trösten, daß der Tarifentwurf doch nur vorläufige macht, um auf diese Weise zu günstigeren Handelsverträgen zu gelangen. Dem Vorschlag eines deutschen autonomen Tarifs aber stellen die für Vertragsverhandlungen in Betracht kommenden Staaten ihrerseits ebenfalls ein solches Vorrecht entgegen. Haben und drücken erhebt also zunächst ein autonomer Tarif mit höchsten Sätzen. Die Regierungen aber haben es gar nicht in der Hand, nachher zu Vertragsverträgen herüberzutreten, nachdem Interessententeile sich um die höchsten Sätze haben und drücken geäußert haben. Es werden durch solche autonomen Tarife die Interessen der Grenz-Entstimmungen verweigert, welche dem Abschluß von Handelsverträgen so ungenügend wie möglich entgegenwirken.

Alles dies, sollte man meinen, muß auch denjenigen einleuchten, die glauben, dem neuen Zolltarif für dieses oder jenes Artikel eine Erleichterung ausländischer Konkurrenz durchsetzen zu können. Was sie hier vielleicht gewinnen, das geht ihnen doppelt und dreifach verloren durch die Verschärfung des Exporttarifs über, durch die Lebensmittelerzeugung und durch den Rückgang, den schon die zum Abschluß von Handelsverträgen die Lust erzeugt über die künftigen Handelsbedingungen für alle industriellen Verhältnisse mit sich bringen.

* Die von einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß Lord Roberts zum Vorkriegsstand des Schwarzen Adlers vordere nach Berlin kommen werde, wird von angeblich wohlunterrichteter Seite für durchaus unbegründet erklärt, weil bisher niemals ausländische Souveräne und Würdenträger am Kaiserhof selbst kommen hätten. Ihnen werden ja ohnehin nur Band und Orden, aber nicht die anderen Ehrensignifikanzen (Kronleuchter und Ähnliches) verliehen. Im Gegensatz hierzu erzählt man in Kreisen, die der Meinung sind, daß der Kaiser Wilhelm eine Einladung ertheilen, den diesjährigen Weihnachtsfest mit dem vorausgehenden Karneval des Schwarzen Adlers anzuhängen. Der Prinz habe große Begehr, nach Berlin zu gehen, doch sei bis jetzt eine definitive Entscheidung noch ausstehend.

* Der Kaiser hat, wie der „Sonn. Cour.“ vernimmt, dem kaiserlich-russischen Staatsminister Hertig den Wostok-Adler-Orden zweiter Klasse für durchaus unbegründet erklärt.
* Der neue deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich, früher preussischer Gesandter bei den Hansestädten, tritt am 30. Dezember in Hamburg ein, um dem Senat sein Abberufungsschreiben zu überreichen; der Senat veranstaltet ihm zu Ehren ein Abschiedsdinier. Der neuernannte Botschafter Graf Wolff-Metternich tritt seinen Wohnsitz in Hamburg erst Anfang Februar an, bis dahin leitet der Legationssekretär Prinz Hermann von Sachsenburg-Waldenburg die Geschäfte der Botschaft.

Die Bildung einer neuen westlichen Provinz.

Die am Sonntag den 24. Dez. d. R. stattfindende Veranlassung zu Größeren, von denen der Volksgeist höher auch die „Saale-Beitung“ Kenntnis nahm, ist schon in früheren Jahren wiederholt bekannt gemacht worden. Eine Zeitung wies im Abgeordnetenspiegel bei den Staatsverhandlungen der Abgeordnetenversammlung eine Rede zu halten, um der Regierung und dem Parlament die Bildung einer westlichen Provinz aus dem westfälischen und dem niederländischen Industriegebiet vorzuschlagen. Der jeweilige Minister des Innern pflegte ihm eine „wohlthunende“, aber zu nichts verpflichtende Antwort zu erteilen, einige andere Abgeordnete, namentlich solche, die die Verhältnisse in jenen Gegenden nicht kannten, sprachen pro und contra, und dann war das Projekt wieder auf ein Jahr von der Tagesordnung verschwunden. Aus der Diskussion ist also niemals etwas Entscheidendes herausgekommen, und das dürfte wohl auch in der Zukunft der Fall sein. Die bestehenden preussischen Provinzen sind durch die Eingliederung in den letzten 25 Jahren zu sehr gefestigt worden und kommen Organismen zu sein, die sich nicht leicht trennen lassen. Eine Teilung würde im westlichen Deutschland eine Reihe von Aufgaben überlassen, die seit 25 Jahren ihre demotischen Bewusstseinsentwicklung durchlaufen und noch immer, man kann sagen von Jahr zu Jahr, vermehrt werden, konnte man mit der Bildung neuer Provinzen vorgehen; seitdem ist dies aber nahezu unmöglich geworden, und deshalb wird an die Bildung einer neuen Provinz auch innerhalb der Staatsregierung nirgends ernstlich gedacht.

Was vielleicht nötig wäre, wäre die Teilung einiger Regierungsbezirke. Damit beschäftigt sich die Staatsregierung in der That schon seit Jahren, ohne fertig zu werden. Am meisten ist in der letzten Zeit von der Teilung des Regierungsbezirks Arnsberg die Rede gewesen, für die sich auch die Minister des Innern und des Reichsinnern interessieren, namentlich der letztere, der, wie die Stadt Dortmund schon eine Art Nebenregierung wegen des Wunsches eines Regierungsbezirks gebildet hat. Die Stadt Dortmund hat ein Grundrecht für dieses Gebilde erworben, aber die Sache wird seit dem Wechsel im Ministerium des Innern nicht von der Stelle. Es scheint auch, daß der neue Regierungschef in Arnsberg die Sache nicht für sehr dringlich hält. Sie ist auch durchaus nicht so dringlich, wie sie vielfach dargestellt wurde, und keinesfalls dringender, als die Teilung anderer Bezirke, die den Kreisbegriff an Bevölkerung und Grundfläche überlegen. Einen guten Eindruck ruft es freilich nicht hervor, wenn eine Provinz als im Interesse des Staates und der Bevölkerung dringender notwendig bezeichnet wird, wenn amtliche Verhandlungen einseitig und Ministerkommissionen zum Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle und zur Beschaffung von Vorarbeiten entbehrt werden, und wenn dann an Stelle des von Parlamenten Geheißenen muerwartet imbedeuten wird, daß neue Erwägungen stattfinden müssen, und wenn man dann nichts mehr von der Sache hört. Organisatorische Notionen sind einer Regierung, die, wie die preussische, nicht einheitlich, innerlich geschlossen ist, verlagert; daran ist nur einmal nichts zu ändern, so bedauerlich das auch sein mag.

Centrum und Agrarier.

Die Gegeßel zwischen dem Centrum und dem Bund der Landwirthe, deren Entzweiung von dem Augenblicke an vorausgesetzt werden konnte, in dem die Wähler zum ersten Male versuchten, einen Sympakt in die Centrumsdomeinen hinein zu machen, nehmen allgemein beratbar scharfe Formen an, das man noch daran glauben kann, daß beide Parteien in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Kampfe noch lange Schütler an Schulter stehen werden. Seitdem in neuerer Zeit die Agrarier verstanden, auch auf dem Gebiete der Politik zu stehen, macht die Centrumspresse aus ihrem Herzen durchaus keine Wärdigung mehr und geht mit dem Bunde der Landwirthe derzeit häufig ins Gericht, daß selbst die grundständlichen Gegner des Agrarierthums ihre helle Freude daran haben können. Insbesondere die „Germania“ rechnet je gründlich mit den Wählern ab. In einem langen Artikel, der sich mit dem Auftreten der Agrarier des Bundes auf dem Landtage beschäftigt, schreibt sie u. a. die Verheerung eines Herrn Lorenz-Gesinners, der erklärte: „In der Welt ist die Waare an aufzuheben“, folgende Verwahrungen:
„Herr Lorenz-Gesinners hat mit seinem Ausbund auch sich

lich das Nichtigste getroffen: Die Hauptarbeit des Bundes der Landwirthe besteht thatsächlich nur darin, die Bauern aufzuheben. Und gegen wen aufheben? Ganz gegen die Regierung, so daß der Kaiser in seiner Rede in der Reichstag am 6. Sept. 1894 „die bekümmerten Herren“ die nur die verarmten Herren davor warnte, Opposition zu treiben und mit Mitteln der gegenwärtigen Oppositionsparteien Gern zu machen. Aber das Richtige ist auch gegen das Centrum in der Sache. Nach dem Falle des Agrarierthums wurde in dem Zentrum des Bundes der Landwirthe verdrängt, und dem Zentrum des Bundes der Landwirthe ist nur die Geheiltheit schuld.“ Sogar vor einer direkten Beschimpfung der landwirtschaftlichen Geheiltheit genirt der Bund der Landwirthe sich nicht. Am 22. Dez. d. R. sollte in Neweogelshausen im Kreise der Landwirthe eine Versammlung abgehalten werden, die aber nach westfälischen Mitter nur von zwei Kolonnen und zwei Rekonnen bestrahlt war, so daß der Bundesrat Mitter sich auf ein Privatunterredung beschränkte und in dieser erklärte: „Nach Neujahr gehe ich in diese Kreise und werde in der nächsten Zeit nach Köln gehen.“ Am 23. sollte in Neweogelshausen im Kreise der Landwirthe eine Versammlung abgehalten werden, die aber nach westfälischen Mitter nur von zwei Kolonnen und zwei Rekonnen bestrahlt war, so daß der Bundesrat Mitter sich auf ein Privatunterredung beschränkte und in dieser erklärte: „Nach Neujahr gehe ich in diese Kreise und werde in der nächsten Zeit nach Köln gehen.“ Am 23. sollte in Neweogelshausen im Kreise der Landwirthe eine Versammlung abgehalten werden, die aber nach westfälischen Mitter nur von zwei Kolonnen und zwei Rekonnen bestrahlt war, so daß der Bundesrat Mitter sich auf ein Privatunterredung beschränkte und in dieser erklärte: „Nach Neujahr gehe ich in diese Kreise und werde in der nächsten Zeit nach Köln gehen.“

Zu diesem Tone geht es volle zwei Spalten, und die agrarische Presse wird ihre liebe Noth haben, die erzeugten Centrumsgemüther wieder zu beruhigen, wobei fraglich ist, ob ihr das überhaupt gelingt. Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, als ob die agrarischen Veruche, dem Centrum in den landwirtschaftlichen Kreisen den Boden zu entziehen, der ausbleibenden Partei in den Verhältnisse ganz gelegen kämen, nachdem die landwirtschaftlichen Kreise in den Verhältnisse wiederholt deutlich zu erkennen gegeben haben, daß sie keine Veranlassung, ihrer Partei an den Lebensmittelerzeugenden Landwirthe zu setzen. Auf diese Stimmung muß das Centrum Rücksicht nehmen, und deshalb scheint es erklärlich, wenn es jetzt die Gelegenheit wahrnimmt, sich von agrarischen Wägern, an dem es bislang Vorwanddienste leistete, zu befreien.

Politisches.

* Ueber die Ansprache des Kaisers in Gotha läßt sich jetzt auch die „Kreuzzeit.“ aus. Sie verwahrt gegenüber der Erklärung des Kaisers, daß eine Einigung der evangelischen Landeskirchen ein hohes Ziel seines Lebens sei, darauf, daß in Preußen von einem Hineinwagern der neu erworbenen Provinzen in die Union Abstand genommen worden ist, und führt dann fort:
„Wenn auf diese Weise nicht einmal fünf Wochen die Vertheuerung einer einheitlich gehaltenen evangelischen Kirche in nächster Zeit zu erwarten ist, so kann man sich von den Schwereigkeiten, die sich einem aber die große Anzahl selbständiger Staaten sich erfindenden Bunde der evangelischen Kirchen entgegenstellen, leicht ein Bild machen. An einen solchen wird sich zu denken sein, wenn viele auch in innerlich vereinigt einigemutigen einheitlich gehalten sind. Aber zwischen Landeskirchen, von denen eine zum anderen nicht steht, eine andere die auf diesem Boden liegende Richtung planmäßig unterdrückt und selbst an der Verlegung der christlichen Wahrheiten auf der Sankel seinen Unmut nimmt, kann kein lebensfähiger Bund geschlossen werden.“

Diese Auslassung behält, was die „Saale-Beit.“ sofort nach Bekanntwerden der Gothaer Rede über die vorläufigliche Haltung der Synode der Einigung gegenüber ausspricht: Erst wenn in allen Landeskirchen diejenige Richtung sichtbar ist, die sich dem Zentrum des Bundes der Landwirthe angeschlossen hat, kann man daran denken, einen Bund aller evangelischen Kirchen zu organisieren. Bekümmertes Verzeht erklärt die „Kreuzzeit.“ dem auch weiter, vorläufig könne sie sich nicht einmal der preussischen Landeskirchen das Recht auszusprechen, daß sie sich von ihr schiedlichen Nachbarn gegenüber den glaubensförmlichen Richtungen freistellen und die Möglichkeit ihrer Aufgabe in weiteren Umlaufe erfüllt habe.

* Zu der schon kurz gemeldeten Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Megentenschaft im Großherzogthum Hessen beim Reichstag ist zu bemerken, daß diese Vorlage bestimmt, daß, wenn der Großherzog minderjährig ist, eine Regentenschaft einzusetzen ist; eine solche wird ferner notwendig, wenn der Großherzog dauernd verhindert ist, die Regierung persönlich zu führen, oder wenn bei der Erthörung des Thrones die Person des Thronfolgers noch nicht bekannt ist. Tritt einer der vorgenannten Fälle ein, so hat das großherzogliche Staatsministerium unter der Leitung der bereinigten beiden Kammern unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten der ersten Kammer soll dann Beschluß darüber gefaßt werden, ob einer der obengenannten Fälle vorliegt. Die Entscheidung erfolgt mit absoluter Mehrheit der Stimmen. Die übrigen Artikel des Gesetzentwurfs enthalten Ausführungsbestimmungen. — Man wird die Vorlage als eine Folge der kürzlich erfolgten Ertheilung des Großherzogthums anzu sehen haben, aus dessen Erblicher Ehe nur eine Tochter, Prinzessin Elisabeth, geb. 11. März 1895, herangezogen ist. Dieser hat der Großherzog Ernst Ludwig nicht, sondern nur die Schwägerin, von denen Prinzessin Wilhelmina mit dem Prinzen Ludwig von Battenberg, Prinzessin Elisabeth mit dem Großfürsten Sergius Alexandrowitsch von Rußland, Prinzessin Irene mit dem Prinzen Sewardich von Preußen und Prinzessin Witt

Deutsches Reich.

Sozial- und Personalnachrichten.

* Zur Abendfeier beim Kaiserpaar waren am Sonntag der Reichstag, Graf Bülow und der großbritannische Botschafter Sir R. Carr. Nach dem Mittagessen hatte der Kaiser den Vortrag des Grafen Bülow gehört.

